

Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge

Titel des Modellvorhabens: **Regionalstrategie Daseinsvorsorge Uckermark 2030**
Aktenzeichen: BBSR / SWD – AZ 10.05.06-11.1.24

Projektträger: **Landkreis Uckermark**
Amt für Kreisentwicklung
Karl- Marx- Straße 1
17291 Prenzlau



Berichtsart: **Ergebnisbericht (Kurzfassung)**

Autor/Autorin: Alexander Bonitz
Datum: 10.02.2014



Das Modellvorhaben

In der ländlich strukturierten Region Uckermark wurden verschiedene Infrastrukturbündel hinsichtlich ihrer Demografiefestigkeit untersucht. So sind durch Geburteneinbrüche und Abwanderung von Einwohnern lebenswichtige Infrastrukturen und Leistungsangebote wie z.B. Schulen, Kindergärten, Gesundheits- und Beratungseinrichtungen, ÖPNV, Straßen und technische Ver- und Entsorgung in ihrer Leistungsfähigkeit gefährdet, sei es in finanzieller, auslastungstechnischer oder personeller Struktur. Mit der Entwicklung einer „Regionalstrategie Daseinsvorsorge Uckermark 2030“ sollen Grundlagen geschaffen werden die vielfältigen Bereiche der technischen und sozialen Infrastruktur vorausschauend und kooperativ an die Herausforderungen des demografischen Wandels angepasst und drohende Angebotseinschränkungen abgewendet oder zumindest auf ein Minimum reduziert werden.

Folgende Infrastrukturbündel wurden im Rahmen der Regionalstrategie bearbeitet:

Infrastrukturbündel I „Leben im Alter“:

- Pflegewirtschaft,
- Wohnen im Alter,
- Ergänzende seniorenbezogene Dienstleistungen,

Infrastrukturbündel II „Zukunft von Bildung und Betreuung“:

- Kindertagesbetreuung,
- Schule

Infrastrukturbündel III „Kommunale Gefahrenabwehr“:

- Brand- und Katastrophenschutz

Infrastrukturbündel IV „Technische Infrastruktur“:

- Wasser-/ Abwassernetze

Ergebnisse des Prozesses

Mit der Teilnahme am Modellvorhaben „Regionalstrategie Daseinsvorsorge Uckermark 2030“ des BMVBS und BBSR hat der Landkreis Uckermark die Chance ergriffen, sich Infrastrukturübergreifend mit den Folgen und Begleiterscheinungen des demographischen Wandels auseinanderzusetzen. Im Rahmen des Erarbeitungsprozesses ist es gelungen die vielfältigen Akteure der einzelnen Infrastrukturbereiche zusammenzubringen und deren Erfahrungen, Kenntnisse und Ideen zu bündeln und im Ergebnisbericht darzustellen. Aufgrund der Vielzahl der Daseinsvorsorgefunktionen konnten erste Ansätze entwickelt, jedoch nicht alle Themenbereiche abgedeckt werden. Wesentlicher positiver Effekt des Prozesses ist die Sensibilisierung und Wahrnehmung des demographischen Wandels auf vielen gesellschaftlichen Ebenen des Landkreises und die damit einhergehende inhaltliche Auseinandersetzung mit der Brisanz des Themas hier im ländlichen Raum. Die kleinräumige Bevölkerungsprognose trägt dazu bei die Bewusstseinsbildung für den demographischen Wandel zu fördern und für die verschiedenen Altersgruppen entsprechende Infrastrukturplanung zu betreiben. Im Gegensatz zu den bisherigen großräumigen Bevölkerungsprognosen können Akteure und Bürger an Hand der kleinräumigen Prognose deutlich erkennen, wie und in welchem Maße die entsprechenden Infrastrukturbereiche und Regionen vom demographischen Wandel beeinflusst werden. Auf allen Veranstaltungen und

Präsentationen gab es zu den wahrlich ernüchternden Zahlen positive Reaktionen darüber, Kenntnis über die spezifische Situation erhalten zu haben. Die Verbreitung der Prognosezahlen, als auch die Arbeit mit diesen Zahlen wird die nächsten Jahre intensiv begleiten. Die entworfenen Anpassungsstrategien und die initiierten Projektideen und Umsetzungsprojekte zeigen deutlich die Bereitschaft des Landkreises und seiner Bürger sich den Herausforderungen des demographischen Wandels stellen zu wollen und dies auch zu können. Die eingereichten Konzepte, wie auch die Umsetzung des Ideenwettbewerbs „Miteinander Leben im Heimatdorf“ an vier Standorten des Landkreises sind die ersten praktischen Ergebnisse des Modellvorhabens. Mit der II. Umsetzungsphase soll unter dem großen Schlagwort „Fachkräftesicherung“ eine kreisweite gleichwertige Berufsorientierung etabliert werden, um allen Schülern des Landkreises gleiche Chancen und Möglichkeiten der Berufswahl zu ermöglichen und die Unternehmen zukünftig zur Nachwuchssicherung auf eine breite Basis zu stellen.

Der Bericht stellt die Ergebnisse und Ansätze des Modellvorhabens „Regionalstrategie Daseinsvorsorge Uckermark 2030“ zusammen und verfolgt den Anspruch das Thema Demographischer Wandel langfristig als Prozess zu betrachten und die Auseinandersetzung und Bearbeitung zu verstetigen sowie weitere wesentliche Daseinsvorsorgebereiche in die Betrachtung zu integrieren.

Die Auswahl der vier Infrastrukturbereiche ermöglichte in vielen Bereichen eine Verzahnung der Betrachtung. Häufigster Schnittpunkt der Untersuchungen war die Abhängigkeit von der mangelhaften ÖPNV-Anbindung, die eingeschränkte Finanzlage sowie die generelle unübersichtliche, föderale Verteilung von Zuständigkeiten (Kommune, Kreis, Land, Bund).

Die vielfältigen Inhalte der vorliegenden Regionalstrategie verdeutlichen die Tatsache, dass öffentliche Daseinsvorsorge zumindest innerhalb der sozialen Infrastrukturen und des ÖPNV für alle Teile der Bevölkerung auch in Zeiten des demographischen Wandels und auch in dünnbesiedelten peripheren Regionen zugänglich und erreichbar sein sollte. Dabei sollten Standards und Normen den Bedingungen des ländlichen Raumes angepasst werden, wie z.B. Betreuungsschlüssel, Wegegeder, Prüfwänge etc. Hierfür bedarf es vorerst einer vollständigen Transparenz der aktuellen Standards und Normen im Zusammenhang einer räumlichen Differenzierung unabhängig der bestehenden administrativen Strukturen.

Positives Merkmal des Prozesses ist der über die tägliche Verwaltungsarbeit hinweg gewonnene große Erkenntnisgewinn und die Möglichkeiten „Wahrheiten“ über den demographischen Wandel zu verbreiten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Ergebnisse aus den vier gebildeten Arbeitsgruppen und den Erarbeitungen der externen Forschungsassistenz werden im Ergebnisbericht dargestellt.

Infrastrukturbereich A – Leben im Alter

Mitglieder / Handlungsfelder AG „Leben im Alter“

Die Arbeitsgruppe „Leben im Alter“ setzt sich aus den verschiedensten Akteuren des Landkreises zusammen. Sie besteht aus Vertretern der zuständigen Fachämter (Amt für Kreisentwicklung, Sozialamt, Gesundheitsamt), der 3 Mittelbereiche, dem Kreisseniorrat, dem Beirat für Menschen mit Behinderung, Wohlfahrtsverbänden (AWO, DRK, Volkssolidarität, Liga der freien Wohlfahrtsverbände), Pflegediensten, KKH Prenzlau, dem Uckermärkischen Regionalverbund, freien Trägern (Tamen GmbH, Demenznetzwerk, Sozialkonzept) und der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim. Innerhalb des Erarbeitungszeitraums fanden fünf Arbeitsgruppentreffen statt, weiterhin wurden mit teilnehmenden Akteuren Experteninterviews geführt und Projekte bilateral bzw. in kleinen Arbeitsgruppen besprochen und konkretisiert. Die Arbeitsgruppe zeichnet sich durch eine intensive, aktive Beteiligung der Mitglieder aus. Die ermittelten Handlungsfelder wurden gemeinsam erarbeitet und durch spezielle persönliche Erfahrungen/Kenntnisse der Akteure unterfüttert. Die anpassungsstrategischen Maßnahmen sind erste Handlungsoptionen, die ermittelten Handlungsfelder zu bearbeiten. Nachfolgend sind die Handlungsfelder der AG „Leben im Alter“ tabellarisch dargestellt. Aufgrund der fortschreitenden Aktualität des Themenbereiches, wird die Arbeitsgruppe weiter bestehen bleiben und weitere regelmäßige Treffen veranstalten.

Pflege	<ul style="list-style-type: none"> * Absprache / Koordination der Versorgungsgebiete der ambulanten Pflegedienste - Kooperation statt Konkurrenz - Arbeitgeberzusammenschlüsse AGZ * Pflegeberatung für Senioren und pflegende Angehörige in den Bürgerzentren und Gemeindeämtern * Schaffung von Tages- und Kurzzeitpflegeplätzen im oder unweit des Heimatort * Niedrigschwellige Dienste durch Hilfemix sichern * Angebote zur Weiterbildung für Ehrenamtliche und Pflegenden Angehörige * neue Geschäftsfelder und Beschäftigungspotenziale in den Bereichen Pflege, pflegeergänzende Dienste und seniorenbezogene Dienstleistungen * genossenschaftliche Organisation häuslicher Pflege * Erhöhung des Pflegetarife im Land Brandenburg
Ärztliche Versorgung	<ul style="list-style-type: none"> * dezentrale ambulante / mobile ärztliche Versorgung * Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes * Anreize zur Neuansiedlung von medizinischem Fachpersonal * Nutzung neuer/erweiterter kommunaler Gestaltungsräume (Bedarfsplanrichtlinie)
Nahversorgung	<ul style="list-style-type: none"> * Koordinierung / Organisation mobiler Nahversorgungsangebote zur Gewährleistung einer flächenhaften versorgung * Bürgerzentrum inkl. Verkaufsstelle (Güter des täglichen Bedarfs, private regionale Produkte Dienstleistungen, Beratung)
Soziale Treffpunkte	<ul style="list-style-type: none"> * Bürgerzentrum pro Orts - bzw. Gemeindeteil (Treffpunkt, Vereinsarbeit, Beratung, Ehrenamt) * Ansprechpartner vor Ort * Eigeninitiative, gegenseitige Unterstützung und bürgerschaftliches Engagement stärken * niedrigschwellige Hilfsangebote / Nachbarschaftshilfe vor Ort koordinieren
Mobilität	<ul style="list-style-type: none"> * Stärkung der starken Direktlinien zu den Zentren des Landkreises * flexible Bedienformen - Serviceverkehr * barrierearme Verkehrsmittel und Zu- und Abgangswege * Anpassung Haltestellenstandorte und -abstände / lokale Ziele (Haltestelleninfrastruktur) * Effizientere Gestaltung des ÖPNV - Staffelung des Schülerverkehrs / ITF * ausreichende Umsteige- und Haltezeiten, regelmäßiger Taktfahrplan * Sicherstellung der Erreichbarkeit auch an schulfreien Tagen
Altersgerechtes Wohnen	<ul style="list-style-type: none"> * ambulant betreute Wohngruppen * Beratungen bei Wohnraumanpassungen * lokale, qualitative & quantitative Bedarfsanalysen * seniorengerechter Umbau und Nutzung der Altneubauten in den Dörfern

Anpassungsstrategische Maßnahmen - Infrastrukturbereich „Leben im Alter“

Aufbau von kooperativen Unterstützungsstrukturen für Menschen mit Betreuungs- und Pflegebedarf in der Uckermark

Mit dem Aufbau kooperativer Strukturen von Arbeitgebern im nahen und weiteren Umfeld von Pflegearbeit soll erreicht werden, dass prekäre, unsichere und unattraktive Arbeitsverhältnisse verbessert werden, dass sich die Effektivität von Dienstleistungen im Bereich der Pflege, Betreuung und Haushaltshilfe erhöht und dass die Entwicklung und Etablierung neuer Dienstleistungen und Angebote damit gefördert wird.

Möglichkeiten der Nutzung leer gezogener Neubaublöcke auf den Dörfern in Zusammenarbeit mit den Wohnungsbaugesellschaften - Senioren und Gesundheitszentrum Dedelow (Stadt Prenzlau / WG Prenzlauer Land)

Das Senioren und Gesundheitszentrum Dedelow soll sich durch folgende Angebote etablieren und Dedelow funktional aufwerten:

- Häusliche Betreuung und betreutes Wohnen für Senioren
- Behandlungspflege durch den ambulanten Pflegedienst
- Ambulante Pflege
- Betreutes Wohnen für geistig behinderte Menschen
- Intensivpflege, Tagespflege, Pflegepraxis
- Logopädie und Ergotherapie
- Unabhängige zertifizierte Pflegeberatung und Pflegesachverständigentätigkeiten
- Entspannungstherapie und sportliche Aktivitäten

Konzept „Demenzmobil“ des Demenz-Netzwerkes Uckermark e. V.

Mit Hilfe eines Demenz-Mobiles sollen Erkrankte und deren Angehörige in den ländlichen Regionen des Landkreises erreicht werden. Menschen, die seit Generationen in ihren Dörfern leben (Kranke und Gesunde), sind oft nur schwer zu bewegen, nach außen zu gehen, um sich Hilfe zu suchen. Sie brauchen aufsuchende Beratung und Angebote in ihrer Nähe, um genug Sicherheit zu haben.

Wohnen und Leben im „ Alten Ratseck“ in Lychen

Die Volkssolidarität Brandenburg, Bereich Angermünde, die Stadt Lychen und der Arbeitsförderungsverein Lychen e.V. wollen zur Stärkung der sozialen Teilhabe die Einrichtung in einer Kooperationspartnerschaft im Zentrum der Stadt anbieten.

Die Mehrfachnutzung des Gebäudes soll in folgender Weise kooperativ umgesetzt werden:

Volkssolidarität: Seniorenbetreuung - Nutzung der 1. und 2. Etage

Stadt Lychen: Kinder-, Jugend und Freizeittreff – Nutzung im Erdgeschoss

Arbeitsförderungsverein Lychen e. V.: Fitnesscenter- Nutzung im Anbau des Erdgeschosses

Infrastrukturbereich B – Bildung & Betreuung

Mitglieder / Handlungsfelder AG „Bildung & Betreuung“

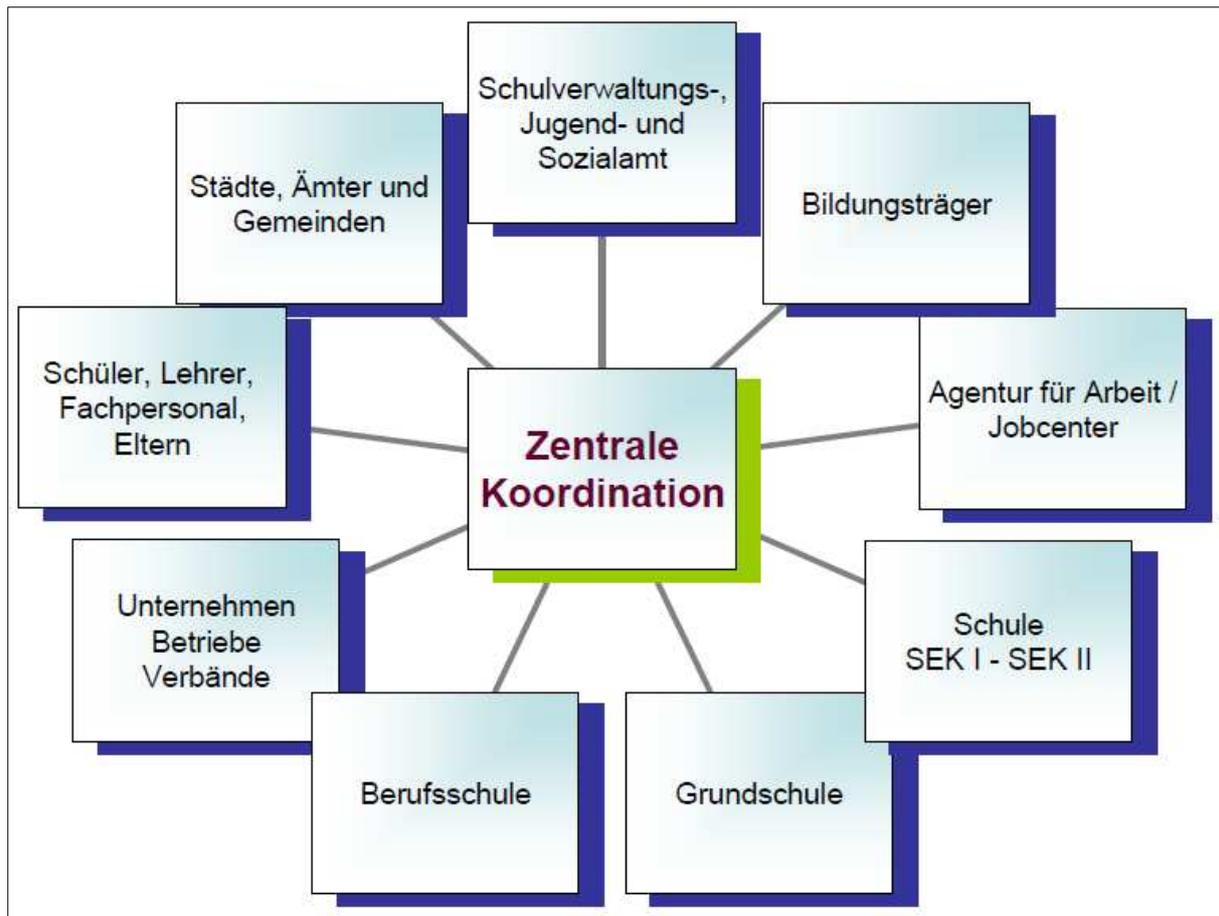
Die Arbeitsgruppe „Bildung & Betreuung“ setzt sich aus den verschiedensten Akteuren des Landkreises zusammen. Sie besteht aus Vertretern der zuständigen Fachämter (Amt für Kreisentwicklung, Schulverwaltungsamt, Jugendamt, Jobcenter), dem Vorsitzenden des KBSA (Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport), der Mittelbereiche, dem Staatlichen Schulamt, Schulen (OSZ, Dreiklang OS Schwedt/Oder, E. Welk OS Angermünde), Bildungseinrichtungen (TFA, Bildungsberatungsagentur, Angermünder Bildungswerk), dem Uckermärkischen Regionalverbund, PCK und der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim. Die Arbeitsgruppe zeichnet sich, wie die AG „Leben im Alter“ durch eine intensive, aktive Beteiligung der Mitglieder aus. An den fünf Terminen wurden vielfältige Probleme und Begleiterscheinungen des demographischen Wandels erörtert. Die ermittelten Handlungsfelder wurden gemeinsam erarbeitet und durch spezielle persönliche Erfahrungen/Kenntnisse der Akteure unterfüttert. Es gab viele kontroverse Auffassungen zur Sicherung der Kindertagesstätten- und Grundschulversorgung, jedoch im Bereich der Fachkräftesicherung, dem Übergangsmanagement und der Qualität der Schulbildung einheitliche Auffassungen. Daraus wurde das Projekt „Berufsorientierung 2030“ entwickelt, welches im Rahmen der II. Umsetzungsphase gemeinsam mit den Akteuren der AG „Bildung & Betreuung“ ab Januar 2014 umgesetzt wird.

Nachfolgend sind die Handlungsfelder der AG „Bildung & Betreuung“ tabellarisch dargestellt. Aufgrund der fortschreitenden Aktualität des Themenbereiches wird die Arbeitsgruppe weiter bestehen bleiben und weitere regelmäßige Treffen veranstalten.

Infrastrukturbereich	Handlungsfeld
Kindertagesbetreuung	<ul style="list-style-type: none"> * weitere Verbesserung des Betreuungsschlüssels (Lobbyarbeit) * Personalpool organisieren, um flexibel Auslastungsschwankungen abzufedern * Kooperationen mit Schulen verstärken * Maximal zumutbare Wegzeiten als verbindlichen Maßstab festlegen * Hol- und Bringdienste (z.B. Kita-Mobil Altmark) * Generationsübergreifende Einrichtungen – Synergien mit z.B. Altersgerechtem Wohnen
Schulbereich	<ul style="list-style-type: none"> * Erhalt der Grundschulen in der Fläche * „Kleine Grundschulen“ mit offenen Klassenfrequenzen * Maximale Schulwegzeiten als verbindlicher Maßstab * Etablierung der Schule als Campus und sozialer Ort * Sicherung des ÖPNV in den Nachmittags/Abendstunden zur Gestaltung der Freizeit * Abgabe von Kompetenzen und Entscheidungsbefugnissen an LK, Kommunen, Schulen * flexible Personalüberhänge – andere Bildungs- /Betreuungsaufgaben * Sicherung der Ausbildungsfähigkeit * Personelle und materielle Ausstattung der Schule sichern * Schulsozialarbeit * Zusammenarbeit Schule - Wirtschaft * Sicherung der Berufsausbildung * Sicherung der Abschlüsse
Arbeitskräfte / Beschäftigung	<ul style="list-style-type: none"> * kreisweite systematische Berufsorientierung * Sicherung der Schulabbrecherprojekte * Sicherung eines lückenlosen Übergangs Schule - Ausbildung * Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze * Generationsübergreifenden Leistungsbezug vermeiden * Fachkräfte halten und gewinnen * Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer erhalten * Existenzsichernde Löhne sichern * Vereinbarkeit von Beruf und Familie „Familienfreundliche Uckermark“ * Ansprache von Auspendlern, Abgewanderten und Zuwanderern * Anwerbung und Integration von polnischen Bürgern

Anpassungsstrategische Maßnahmen

Zentrale Berufsorientierung – „BO 2030“



Infrastrukturbereich C – Kommunale Gefahrenabwehr

Mitglieder / Handlungsfelder AG „Kommunale Gefahrenabwehr“

Die Arbeitsgruppe setzte sich aus den entsprechenden Vertretern der Fachämter (Ordnungsamt, Kreisbrandmeister, Amt für Kreisentwicklung), dem Vorsitzenden des Ausschusses für Regionalentwicklung, der Mittelbereiche, der Feuerwehrverbände, des Katastrophenschutzes und der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark - Barnim zusammen. An vier Terminen wurde die Situation der kommunalen Gefahrenabwehr erörtert und die Sicherung der Tageseinsatzbereitschaft, Mitgliedergewinnung als wichtigste Aspekte herausgearbeitet. Die Handlungsfelder sind nachfolgend dargestellt.

Infrastrukturbereich	Handlungsfeld
Kommunale Gefahrenabwehr	<ul style="list-style-type: none"> * Sicherung der Tageseinsatzbereitschaft * Stärkung von Stützpunktfeuerwehren und überörtlicher Zusammenarbeit * Ausbildung niedrigschwellig gestalten * Ausrückordnung nach Rendezvous – Prinzip * auf Kernaufgaben der FFW beschränken * Heraufsetzen des Austrittsalters * Verstärkung von Öffentlichkeitsarbeit, Mitgliedergewinnung und Prävention * Sicherung der Einsatzbereitschaft im Katastrophenschutz * Aufteilung in kleinere Strukturen zur autarken Aufgabenwahrnehmung * einfach bedienbare und personalsparende Ausrüstung * breitere Ausbildung der Helfer zur flexibleren Aufgabenwahrnehmung * Verbreiterung des Helferpotentials * Verbesserung der Motivation * Verteilung von Einheiten auf mehrere Landkreise

Anpassungsstrategische Maßnahmen – „Kommunale Gefahrenabwehr“

Brandschutzerzieher für gesamten Landkreis an Kitas, Schulen und andere Einrichtungen

Nach dem Verständnis, die Folgen des demographischen Wandels nicht nur alternativlos hinnehmen zu müssen, sondern auch aktiv gestalten zu können, greift die verkürzte Formel „weniger Menschen = weniger Ehrenamtliche“ zu kurz. Unsere Zielsetzung ist es deshalb, die vor Ort vorhandenen Potentiale zur Gewinnung ehrenamtlicher Aktiver besser auszuschöpfen. Dieses Ziel ist aus den Beratungen in der Arbeitsgruppe „Kommunale Gefahrenabwehr“ hervorgegangen. Es hat sich herausgestellt, dass die bisher praktizierten Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliedergewinnung wie die Veranstaltung von Tagen der offenen Tür, die Verteilung von Flyern, Plakatkampagnen und Werbung an Busen und im Radio nicht die gewünschten Effekte erbracht hat; im Klartext einfach als weitestgehend ergebnislos beschrieben wurden.

Dagegen wurde die direkte Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen in den Schulen als effektives Instrument herausgearbeitet („Das hat damals wirklich was gebracht!“). In den Schulen und Kindertagesstätten des Landkreises Uckermark soll deshalb eine (soweit möglich) systematische Feuerwehr-, Katastrophenschutz- und Sanitätsausbildung und -aufklärung angeboten werden, um den negativen Folgen des demographischen Wandels auf die Mitgliederzahl und die Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehren in den ländlichen Räumen entgegenzuwirken. Das Projekt soll dazu beitragen, die Brandschutzerziehung und -aufklärung noch intensiver umzusetzen, eine Kompetenzbündelung zu ermöglichen und helfen, die ehrenamtlichen Brandschutzerzieher zu entlasten. Dabei sollen in im Landkreis Uckermark systematisch Aufklärungs- und Bildungsangebote aus den Bereichen Feuerwehr, Katastrophenschutz und Sanitätswesen mit den folgenden Bausteinen angeboten werden:

- A** - Brandschutzerziehung und -ausbildung für Kinder und Jugendliche in den Schulen und Kindertagesstätten
- B** - Brandschutzaufklärung für Erwachsene, Senioren und Menschen mit Behinderung
- C** - Unterstützung und Fortbildung der ehrenamtlich aktiven Brandschutzerziehern
- D** - Förderung von sozialen Kompetenzen und des ehrenamtlichen Engagements von Kindern und Jugendlichen, insbesondere auch Nachwuchssicherung für die Feuerwehren
- E** - Vermeidung von Unglücksfällen durch ein größeren Gefahrenbewusstsein
- F** - Verbesserung der Selbsthilfefähigkeiten der Bevölkerung im Unglücksfall

Infrastrukturbereich D – Technische Infrastruktur

Mitglieder / Handlungsfelder AG „Technische Infrastruktur“

Die Arbeitsgruppe setzte sich aus den Vertretern der Fachämter (Landwirtschafts- und Umweltamt, Amt für Kreisentwicklung), dem Vorsitzenden des Ausschusses für Regionalentwicklung, der Mittelbereiche, der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim, Mietervereinen und den Vertretern der Abwasserzweckverbände zusammen. Im Gegensatz zu den anderen Infrastrukturarbeitsgruppen war die Mitwirkungsbereitschaft sehr begrenzt, hier fanden die zukünftigen Herausforderungen im Rahmen des demographischen Wandels noch wenig Beachtung. Ausnahmen bildeten das KEB Boitzenburger Land sowie der NUWA, die im Bereich der Anpassungsstrategischen Maßnahmen (Klärschlammvererdung, Potentialanalyse) sich intensiv an der Erstellung der Regionalstrategie beteiligten. Nachfolgend sind die erarbeiteten Handlungsfelder dargestellt.

Infrastrukturbereich	Handlungsfeld
Wasser / Abwasser	<ul style="list-style-type: none"> * Aufrechterhaltung einer bezahlbaren Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung * Einsparungen durch Einsatz einfacher Spülverfahren * Einfache Abwasserentsorgung - Klärschlammvererdung * Einführung semi – und dezentraler Strukturen * Anpassung politischer Rahmenbedingungen wie z.B. Wasserrahmenrichtlinie * Förderung der Siedlungsentwicklung - Flächenmanagement

Anpassungsstrategische Maßnahmen – „Technische Infrastruktur“

Klärschlammvererdung ist bei ausreichendem Flächenangebot ein naturnahes effektives Verfahren der Klärschlammbehandlung. Aufgrund der niedrigen Betriebskosten und geringen Verwertungskosten stellt es für kleine ländliche Kommunen eine günstige Alternative mit langer Nutzungsdauer dar, zumal sich vielfältige Weiterverwendungsmöglichkeiten z.B. im Bereich der Landwirtschaft oder der thermischen Verwendung ergeben. Der Ausbau der Klärschlammvererdung als langfristige Alternative für die Entsorgung bzw. Verwertung ist eine Variante für kleine Kommunen den bei der Abwasserentsorgung anfallenden Klärschlamm preiswert zu entsorgen. Die Klärschlammvererdung wird in der Gemeinde Boitzenburger Land schon seit Ende der 1990er Jahre erfolgreich praktiziert. In den Orten Buchenhain und Funkenhagen bestehen funktionierende Anlagen die Kostengewinne gegenüber traditionellen Verfahren der Klärschlammbehandlung aufweisen.

„Potentialanalyse von semi- und dezentralen Strukturen für Wasser und Abwasser im ländlichen Raum“

Zur Untersuchung von Möglichkeiten der semi- und dezentralen Abwasserentsorgung im ländlichen Raum wurde das Ingenieurbüro „Dr. Born – Dr. Ermel GmbH“ beauftragt eine Analyse durchzuführen. Ziel der Studie ist eine analytisch gestützte, regionale Anpassungsstrategie mit ausgewogenen sozialen, ökonomischen und ökologischen Kriterien. Die Studie analysiert den demographisch bedingten Anpassungsbedarf der Daseinsvorsorge für Wasser und Abwasser und ermittelt den spezifischen Infrastrukturbedarf der Bevölkerung. Die zu untersuchende Pilotregion ist der Ortsteil Röpersdorf-Sternhagen in der Gemeinde Nordwestuckermark, welche repräsentativ verschiedene Siedlungsformen abdeckt.